



Dr. STEFAN
SCHEFFOLD



Gemeinsam für Baden-Württemberg

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

noch immer ist die Flüchtlingswelle das alles beherrschende Thema des politischen und gesellschaftlichen Lebens und es steht zu befürchten, dass uns der Höhepunkt der Migrationsbewegung erst noch bevorsteht. Noch zu Beginn des Jahres waren Zahlen, wie wir sie derzeit vernehmen, für niemanden vorstellbar. Die Bundesregierung hat jetzt ein Maßnahmenpaket geschnürt, das in die richtige Richtung weist. Das deutsche Anreizsystem, das nicht nur zur Armutsflucht animiert, sondern auch Bürgerkriegsflüchtlingen den Weg nach Deutschland und eben nicht in andere, ebenfalls sichere Länder Europas weist, muss abgebaut werden. Menschen, die vor dem IS, vor den Taliban oder anderen Terrororganisationen fliehen, müssen in Europa Schutz finden können. Aber auch als Bürgerkriegsflüchtling darf man sich das Zielland nicht willkürlich aussuchen. Hier ist Europa aufgefordert, Deutschland endlich die gebührende Solidarität zu zeigen. Auch die Vereinigten Staaten, die maßgeblich zur Eskalation in den Krisenregionen beigetragen haben, müssen in die Pflicht genommen werden und dürfen sich nicht länger der Verantwortung entziehen, die sie in großem Maße für den Status quo tragen.

Es wird sich nicht vermeiden lassen, das Thema Flüchtlinge aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das wollen wir auch überhaupt nicht. Die Wählerinnen und Wähler haben ein Anrecht darauf, die verschiedenen Konzepte der Parteien, der Krise Herr zu werden, zu erfahren. Bei allem Schulterschluss in manchen Fragen darf man nämlich nicht vergessen, dass die Positionen fundamental auseinandergehen. Winfried Kretschmann mag pragmatisch handeln. Er steht mit seinem zögerlichen Pragmatismus aber nicht für die ihn tragende grüne Partei. Die große Mehrheit der Grünen, in Partei und Landtagsfraktion, handelt und denkt nicht pragmatisch, sondern rein idealistisch. Abschiebungen und sichere Staaten kommen bei Ihnen nicht vor. Einer solchen Partei darf man die anstehenden großen Aufgaben nicht anvertrauen.

Was unsere Kommunen und Bürger in dieser Zeit leisten, ist schlicht bemerkenswert. Ihnen gebührt Dank und Respekt. Jedoch stelle ich auch fest, dass sich die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung in einem Maße unterscheiden, wie ich es noch nie erlebt habe. Für Hass und Fremdenfeindlichkeit darf in diesem Land kein Platz sein. Dem müssen wir den Nährboden entziehen, indem wir die Ängste und Befürchtungen der Bürger ernstnehmen und nicht jeden in eine Ecke stellen, der die vermeintliche Euphorie nicht teilt.

Herzliche Grüße,

Ihr